

# Werben um alt und jung

## **Personalmangel bei der Bundeswehr: Reservistenchef für Anhebung der Altersgrenze. Zugleich deutlich mehr Auftritte von »Jugendoffizieren« an Schulen**

Von Philip Tassev

Die Bundeswehr verfügt zur Zeit über ein aktives militärisches Personal von rund 185.400 Soldaten. Das sei ein Zuwachs von 3.300 im Vergleich zu letztem Jahr, wie es vergangene Woche von seiten des Militärs hieß. Aber den Planern im Verteidigungsministerium reicht das nicht. Auf rund 260.000 aktive Soldaten soll die Bundeswehr aufgestockt werden, dazu sollen noch mindestens 200.000 fest eingeplante Reservisten kommen, um Verluste im Kriegsfall schneller ausgleichen zu können. Angesichts des fehlenden Willens eines Großteils der Jugend zum Dienst an der Waffe eine fast utopische Zahl.

Das weiß auch der neue Präsident des Reservistenverbandes, der CDU-Bundestagsabgeordnete und vormalige Rheinmetall-Manager Bastian Ernst (CDU). In einem am Dienstag veröffentlichten Gespräch mit dem *Redaktionsnetzwerk Deutschland* stellte er fest: »Allein mit den neuen Wehrdienstleistenden werden wir ja nicht die Zahl erreichen, die wir erreichen wollen. Deshalb müssen wir zusätzlich diejenigen erfassen, die schon Wehrdienst geleistet haben.« So werde man »mit den Einwohnermeldeämtern zusammenarbeiten müssen«, auch wenn das »Datenschutzprobleme« aufwerfen sollte. Ernst wies darauf hin, dass selbst das Verteidigungsministerium nicht wisse, wie viele Reservisten es derzeit gibt. Bekannt sei lediglich, dass acht bis neun Millionen Menschen bei der Bundeswehr gedient haben und dass rund 60.000 Reservisten von der Bundeswehr fest eingeplant sind.

Um also zumindest bei der Reserve in die Nähe der geplanten Stärke zu kommen, schlug Ernst die Anhebung des Höchstalters um fünf Jahre vor. »Wir sollten die Altersgrenze für Reservisten von 65 auf 70 Jahre erhöhen.« Die Begründung: »Das Renteneintrittsalter steigt ja auch sonst. Die Leute bleiben länger fit. Wir sollten diese Ressourcen von Menschen mit Lebens- und Berufserfahrung nicht verschwenden«. Zudem forderte er die Aufhebung des Freiwilligkeitsprinzips auf Seiten der Kapitalisten. Diese sollten kein Einspruchsrecht mehr haben, wenn ihre Angestellten zu Übungen eingezogen werden. Denn »ein sicheres Deutschland« sei »auch im Interesse der Unternehmen«.

Völlig unbeachtet bleibt dabei, dass die größte Bedrohung der deutschen Wirtschaft aktuell von den Handlungen der eigenen »Partner« ausgeht. So meldete etwa die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) am Dienstag, dass rund 83 Prozent der deutschen Firmen von den Konsequenzen des US-

israelischen Angriffs auf den Iran betroffen seien. Besonders die gestiegenen Transportkosten, höheren Energie- sowie steigenden Rohstoff- und Materialpreise machten den Unternehmen demnach zu schaffen.

Ob Zusammenhänge wie diese bei Besuchen von »Jugendoffizieren« an Schulen angesprochen werden, ist fraglich. Mehr als 2.000 solcher Auftritte habe es allein in den vergangenen drei Monaten gegeben, berichtete die *Rheinische Post* am Dienstag unter Verweis auf Antworten der Bundesregierung auf eine Anfrage aus der Fraktion Die Linke. Spitzenreiter bei der Militarisierung der Schulen ist Bayern, wo es die mit Abstand meisten Schulbesuche gab. Schon 562 Mal durften in diesem Jahr dort Offiziere Schülern etwas von »Sicherheitspolitik« und dem »Auftrag der Bundeswehr« erzählen. Zum Vergleich: Im gesamten vergangenen Jahr zählte die Bundeswehr in dem Bundesland 1.100 solcher Auftritte.

Die Organisatoren des Schulstreiks gegen die Wehrpflicht »verurteilen die immer häufiger werdenden Auftritte der Bundeswehr an Schulen«, wie sie am Dienstag gegenüber *jW* erklärten. Der Besuch von »Jugendoffizieren« an Schulen sei »eine Maßnahme, um für den Dienst beim Bund zu werben«. Statt »Werbung fürs Töten und Sterben« seien »bessere Lernbedingungen und ein Ende der Militarisierung in diesem Land« nötig.

Schon am 5. Dezember 2025 und am 5. März 2026 waren im ganzen Land mehr als 50.000 Jugendliche aus Protest gegen den Aufrüstungskurs der Regierung und eine drohende Wiedereinführung der Wehrpflicht dem Unterricht ferngeblieben. Der nächste Schulstreik ist für den Tag des Sieges über den Hitlerfaschismus am 8. Mai geplant. Die Organisatoren kündigten bereits an, auch danach weiterzustreiken und immer wieder deutlich zu machen, »dass Bundeswehr, Wehrpflicht und Militarisierung nicht in unserem Interesse sind und von uns nirgendwo und niemals geduldet werden!«.

<https://www.jungewelt.de/artikel/521332.personalmangel-bei-der-bundeswehr-werben-um-alt-und-jung.html>